

## Umbaupläne für die Rodigallee

### Die Emotionen kochen hoch



*Der tägliche Stauwahnsinn in der Rodigallee.*

Kaum sind die ersten Pläne zum Umbau der Rodigallee bekannt geworden, kochen im Bezirk die Emotionen zu diesem Thema richtig hoch. Die Bezirks-CDU um die Fraktionsvorsitzende Natalie Hochheim nennt die vorgestellten Planungen »widersinnig mit vorprogrammiertem Verkehrschaos«, die Bezirks-SPD um Fraktionsgeschäftsführerin Ulrike Nickel kontert die Vorwürfe mit »Populismus und Panikmache der CDU«.

Eine kurzfristig ins Leben gerufene Bürgerinitiative gegen den Umbau fürchtet „mehr Staus und eine erhöhte Unfallgefahr, mehr Abgasbelastung, Lärm und Gesundheitsgefährdung für die Anwohner, Verlagerung des Verkehrs in

die Wohngebiete und erschwertes Durchkommen für Rettungswagen sowie negative Folgen für die Gastronomie- und Einzelhandelsstruktur und – massive Steuergeldverschwendung!“ Und einige erboste Anwohner wüten in Sachen „mangelnde Bürgerbeteiligung und Aushebelung der Demokratie!“

Für Wandsbek Informativ also höchste Zeit für einen Faktencheck nebst Nachfrage beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG), der für die Planung im Auftrag des rot-grünen Senats unterwegs ist. Dazu heißt es: „Die Planungen gehen auf die bereits 2017 veröffentlichten und diskutierten Planungen zurück. Neu ist die zusätzliche Busspur stadteinwärts, die gerade deshalb eingeführt wird, um die ÖPNV-Anbindung im Sinne der Mobilitätswende zu verbessern. Die Träger öffentlicher Belange sind unter anderem durch die zweite Verschickung im Februar 2022 auch in die aktuelle Überplanung frühzeitig einbezogen worden. Die Verschickung zur Abstimmung des Abschnitts Bovestraße bis Jenfelder Allee ist am 14.02.2022 erfolgt, für den Abschnitt Jenfelder Allee bis Öjendorfer Damm am 16.03.2022. Beide Verschickungen sind auch dem Bezirksamt Wandsbek übersandt worden. Dort wird dann entschieden, welche Dienststellen innerhalb des Bezirksamtes zu beteiligen sind.“

Für den geneigten Leser und Betrachter stellt sich natürlich die Frage, warum in den letzten fünf Jahren das Thema noch nicht aufgegriffen wurde, zumindest nicht so massiv wie in den letzten Wochen. Zu den konkreten Baumaßnahmen heißt es weiter: „Diese werden im Bereich Jüthornstraße (östlich Knoten Bovestraße) und Rodigallee (bis westlich Knoten Jenfelder Allee, Schiffbeker Weg) durchgeführt. Der aktuelle Anlass ist ein extrem schlechter Zustand der Fahrbahn, die dringend saniert werden muss. Vor dem Hintergrund einer möglichst optimalen Ausnutzung der Baufenster, wird diese ohnehin nötige Sanierung kombiniert mit einer Neuaufteilung des Straßenraums. Oberstes Planungsziel war der Erhalt des wertvollen Baumbestandes entlang der Rodigallee.“

Dieses Ziel ist zusammen mit der Herstellung von regelkonformen Fuß- und Radverkehrsanlagen, die in der Rodigallee in weiten Teilen schon lange nicht mehr in einem verkehrssicheren Zustand sind, nur möglich, wenn die Fahrbahn verengt wird, weil das Wurzelwerk der Bäume tief im Fuß- und Radweg sitzt.“

Diese vorgestellten Planungen sind schon konkreter. Auch, um sich in den nächsten Tagen ein eigenes Bild und eine eigene Meinung dazu zu bilden.

### **Und wie geht es politisch weiter?**

Am 22.9. wird der LSBG in einer öffentlichen Sitzung im Ausschuss für Mobilität und Wirtschaft nicht nur die Pläne vorstellen, sondern auch Fragen der Parteien und Bürger beantworten. Patrick Martens, Fachsprecher Mobilität der Bezirks-SPD, hofft dann auch auf „kreative Lösungsansätze der LSBG, um Staus für die Autofahrer zu vermeiden.“ Auch Gespräche mit den Herstellern von Navigationssystemen sollen geführt werden, damit Autofahrer nicht auf Wohngebiete ausweichen. Nun gut, das dürften dann eher Träumereien sein, dass sich die amerikanischen Hersteller auf Wandsbeker Ideen einlassen.

Nach der Ausschusssitzung werden sich alle Parteien noch einmal eine abschließende Meinung bilden. Ergebnis offen, wie die SPD versprach. Zwischen den Zeilen klingt zumindest bei Rot-Grün heraus, dass einige Bürgerbelange auch der versprochenen Mobilitätswende des Senats unterzuordnen sind.

Ob und in welcher Form eine Bürgerbefragung oder -beteiligung stattfinden soll bleibt ebenfalls noch vage. In jedem Fall sollte dann aber das Votum der Anwohner ernst genommen werden und nicht, wie bei der Befragung zum Rückbau des Berner Heerweges, mit einem fast anmutenden Taschenspielertrick die Mehrheit zum Erhalt der vierspurigen Alternative ignoriert werden.

Ob die dargestellten Fakten sowie die Ausschusssitzung dazu beitragen, die Emotionen einzufangen, bleibt offen. Aber ein wenig schlauer werden wir Ende September alle sein.

Winfried Mangelsdorff